

PRESSEMITTEILUNG 120 – 11.06.2026

Birte Pauls

Machtmissbrauch und sexuelle Gewalt dürfen keinen Platz im Klinikalltag haben

Anlässlich einer Umfrage des Marburger Bundes zu Machtmissbrauch und sexueller Belästigung innerhalb der Ärzt:innenschaft erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birte Pauls:

„Die Ergebnisse der aktuellen Umfrage des Marburger Bundes sind ein Alarmsignal für das gesamte Gesundheitswesen. Sie machen deutlich, dass Machtmissbrauch und sexuelle Belästigung in Kliniken keine bedauerlichen Einzelfälle, sondern Ausdruck struktureller Fehlentwicklungen sind. Wenn über die Hälfte der Ärztinnen und Ärzte berichten, dass ihnen Weiterbildung verweigert und Abhängigkeiten von Vorgesetzten gezielt ausgenutzt werden, dass Druck, Einschüchterung und Benachteiligung Teil ihres Arbeitsalltags sind, dann ist das ein unhaltbarer Zustand. Betroffene berichten, dass solche Erfahrungen zu emotionaler Erschöpfung führen und sie ernsthaft darüber nachdenken, ihren Arbeitsplatz zu verlassen. In Zeiten eines dramatischen Fachkräftemangels ist das nicht nur menschlich erschütternd, sondern auch gesundheitspolitisch fahrlässig. Wir können nicht einerseits über fehlendes Personal in den Kliniken klagen und andererseits Arbeitsbedingungen dulden, die qualifizierte Ärztinnen und Ärzte krank machen oder aus dem Beruf drängen.

Rund 13 Prozent der Befragten berichten von sexueller Belästigung - die meisten davon sind weiblich. Zugleich meldet nur ein geringer Teil der Betroffenen solche Vorfälle überhaupt. Sie schweigen aus Angst vor beruflichen Nachteilen, vor Rufschädigung und davor, dass am Ende nicht die Täter, sondern die Betroffenen die Konsequenzen tragen. Solche Zustände sind absolut inakzeptabel.

Wer Macht missbraucht, kennt seine Position. Täter nutzen Hierarchien, Probezeiten, befristete Verträge, Abhängigkeiten in der Weiterbildung und persönliche Karriereängste gezielt aus. Gerade dort, wo zu viele Entscheidungen in den Händen weniger Personen liegen, entsteht ein gefährlicher Nährboden für Willkür, Einschüchterung und sexuelle Übergriffe.

Deshalb reicht es nicht, an Betroffene zu appellieren, Vorfälle zu melden. Vielmehr müssen die Strukturen verändert werden, die Machtmissbrauch erst ermöglichen und Betroffene zum Schweigen bringen.

Dazu gehören unabhängige, niedrigschwellige und vertrauenswürdige Meldestellen. Es braucht aber auch transparente Weiterbildungswege, klare Zuständigkeiten und wirksame Kontrollen von Machtpositionen. Und es braucht konsequente Sanktionen und Strafen gegen diejenigen, die ihre Stellung missbrauchen - unabhängig von Titel, Funktion oder Hierarchieebene.“